



Festrede von Bruno Gähwiler v/o Nachwuchs



Dr.iur., alt-Brigadier, alt-Stadtpräsident von Wil (SG)
Vize-Zentralpräsident (VCP) des Schweizerischen Studentenvereins

Einladung

zum 154.

Neujahrskommers

Samstag, 28. Dezember 2013

Hoher Senior, Hoher Altherrenpräsident und Hoher OK-Präsident der Semper Fidelis
Hoher CP und Hohe CC-Mitglieder
Liebe Mitglieder der Semper Fidelis und StVerinnen und StVer
Verehrte Gäste

Wenn ich die Liste der früheren Redner an diesem Festkommers betrachte, dann fällt auf, dass früher AHB-Präsidenten als Redner fungierten, letztmals 2004 Prof. Ernst Buschor v/o Tolgge. Nur, der Titel „AHB-Präsident“ kommt mir nicht zu, ich bin ja „nur VCP“ und VCP's hat es wohl keine auf der Rednerliste.

Geht es also weiter bergab mit dem StV oder nur mit den Rednern des StV? Wie bewährt sich die Reform des StV? Ich möchte Fragen von Reformen nachgehen. Dabei aber nicht nur eintönig den StV in seinen Reformbemühungen betrachten, sondern vielmehr unter dem Oberbegriff „Reform“ noch in einige andere Bereiche hineinleuchten. Ich denke da

- in erster Linie, als ehemaliger Exekutivpolitiker, an den Staat,
- in zweiter Linie, als früherer Höherer Stabsoffizier, an die Armee,
- in dritter Linie, als Katholik, an die Kirche,
- und zu guter Letzt, eben als VCP, auch an den Schweizerischen Studentenverein.

Staat

In der Geschichte der Staaten sind Reformen unübersehbar. Denken wir beispielsweise an die Veränderungen nach der Französischen Revolution. Denken wir an die Gründung unseres Bundesstaates 1848 und dessen weitreichende, bis heute gültige Reform von 1874. Denken wir an die Sozialreformen durch Einführung der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung 1948 oder des Pensionskassen-Obligatoriums 1985.

Wo aber sind die grossen politischen Reformen der letzten Jahre? Sie sind weder im Gesundheitswesen noch in einer grundlegenden Steuerreform noch sonst wo zu erkennen. Hingegen sind beim Eidgenössischen Parlament zumindest zwei Krankheitssymptome festzustellen:

- Erstens werden zu viele Details innert Kürze wieder neu debattiert. Ich nenne dieses Symptom „übertriebenen Parlamentarismus“.
- Das zweite Symptom ist nicht der Mangel, sondern der „Überfluss an Demokratie“.

Lassen Sie mich zuerst verdeutlichen, was ich mit dem „übertriebenen Parlamentarismus“ meine. Ohne Zweifel, es gibt viele wichtige Dinge, die vom Parlament als Gesetzgeber geregelt werden müssen. Aber ich begreife nicht, warum der Gesetzgeber alle 3 bis 5 Jahre das Namensrecht ändert: Familiennamen mit oder ohne Bindestrich, Familienname frei wählbar, Frauennamen voraus, usw.

Ähnlich ist es mit dem Bürgerrecht, das in regelmässigen Abständen geändert wird.

Schlimmer wird es bei noch viel wichtigeren Themen: Wie gross darf ein bedientes Fumoir sein? Welche Hunderassen sind gefährlich? Darüber können sich unsere Parlamente jahrelang streiten. Vielleicht stimmen wir auch noch einmal über Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops ab.

Was meine ich mit „Überfluss an Demokratie“? Ich denke in erster Linie an die überbordende Zahl von Volksinitiativen, die von den Parteien vor allem als PR-Aktion lanciert werden, um sich in die Medien und damit ins Gespräch zu bringen. Nicht weniger als 32 Initiativen sind zurzeit in der Pipeline. Für 12 davon werden Unterschriften gesammelt, zwei sind diesen Monat eingereicht worden, 18 sind beim Bundesrat oder beim Parlament in Beratung und am 9. Februar 2014 stehen schon zwei weitere zur Abstimmung an. Das sind zusammengerechnet mehr, als in den ersten 60 Jahren des Initiativrechts zur Abstimmung kamen. Die Initiativen widmen sich vorwiegend stark emotionalisierenden Themen wie Einbürgerung und Zuwanderung, Sexualstrafrecht und Sexualunterricht. Wie man dazu auch stehen mag, diese Themen sind nicht eigentlich von staatspolitischer Bedeutung. Sie bringen keine wirklichen Reformen. Sie bringen die Schweiz nicht weiter. Die Politik hat zu wenig Wirkung. Dabei wären aber im Gesundheitswesen oder bei der Sicherung der AHV längstens grundlegende Weichenstellungen gefragt. Als Folge unseres Parlamentarismus kommen keine Entscheide zustande. Hingegen kommen die Initiativen zur „Einführung einer öffentlichen Krankenkasse“ oder „AHVplus“ zur Abstimmung. Sollte die Einheitskrankenkasse Zustimmung finden, dann nicht nur wegen ihres Inhaltes, sondern auch wegen des Überdresses in der Bevölkerung, die vom Parlament endlich Entscheide erwartet. Wir haben in der Politik einen Reformstau oder um es mit dem Wort des Jahres zu benennen, eine Stellwerkstörung.

Was ist zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen?

Es sind vermehrt konsensfähige Politikerinnen und Politiker gefragt bzw. zu wählen. Nicht solche, für die nur schwarz oder nur rot oder nur grün gangbare Wege sind. Kompromisse, so langweilig sie sein mögen, sie bringen die Politik weiter als Parteiideologien.

Für mich steht auch nicht die Reorganisation des Bundesrates und der Verwaltung im Vordergrund. Und schon gar nicht die Einführung eines Berufsparlamentes. Wir müssen vielmehr die parlamentarischen und demokratischen Mittel verwesentlichen, um nicht zu sagen „einschränken“.

Ich denke daran, dass die Zahl der Vorstösse eines einzelnen Parlamentariers oder einer Fraktion limitiert werden könnte. Es gibt bekanntlich ganze Sessionen in Parlamenten – nicht nur auf Bundesebene - die nur der Abarbeitung von selbstgemachten Vorstössen dienen, ohne dass etwas entschieden wird. Vom Aufwand und den Kosten, die durch Motionen, Postulate und Anfragen ausgelöst werden, spreche ich schon gar nicht.

Ich denke daran, dass die Unterschriftenzahl zumindest für Initiativen verdoppelt werden könnte. Mit den heutigen Mitteln ist das Sammeln von Unterschriften wesentlich leichter als früher. Als die Volksinitiative 1891 eingeführt wurde, brauchte es 7,6 Prozent der Stimmberechtigten, heute genügen 1,9 Prozent für das Zustandekommen einer Initiative.

Sind diese Vorschläge unpopulär? Ich weiss es nicht. Ich glaube aber festzustellen, dass die Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung auch in unserm Lande zunimmt. Weil das Volk zu viel und zu nebensächlichen Dingen befragt wird. Es darf nicht so weit kommen wie in Italien, wo viele einen Komiker wählen, damit keine Politiker gewählt werden.

Armee

Lassen Sie mich den zweiten Bereich „Armee“ angehen. Bis in die 90er Jahre zählte die Schweizer Armee noch einen Bestand von über 700'000 Dienstpflichtigen. Dann kam eine Totalreform mit „Armee 95“ und 2004 mit der „Armee XXI“ eine weitere Totalreform. Dazwischen und seither erfolgten verschiedene kleinere Anpassungen. Nun steht mit der „WEA-Weiterentwicklung der Armee“ ein weiteres Reformprojekt an. Das sind mehrere Grossreformen innert 20 Jahren.

Diese Veränderungen erfolgten nicht nur aus freien Stücken: Seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 und dem Erstarken der Europäischen Union hat sich die sicherheitspolitische Lage der Schweiz grundlegend verändert. Der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen hat weiteren Druck aufgesetzt. Das Problem dabei war und ist, dass keine dieser Reformen wirklich abgeschlossen wurde, dass keine Fehler auskorrigiert wurden, bevor nicht die nächste Totalrevision in Angriff genommen wurde. Die individuelle soziale Sicherheit steht zuoberst auf der Wunschliste der Bevölkerung. Es braucht aber nicht nur Sicherheit des Einzelnen, sondern auch des Staates. Und als deren Garant braucht es die Armee. Wenn diese ihren Hauptauftrag zur Kriegsverhinderung, notfalls durch Verteidigung, erfüllen muss, dann braucht sie entsprechende Mittel, also auch Flugzeuge.

Ich fasse zusammen: Es gibt wohl keine Institution in diesem Land, die so viele Reformen in den letzten 20 Jahren bewältigen musste, wie die Armee.

Und die nächste Reform liegt mit der „WEA-Weiterentwicklung der Armee“ bereits auf dem politischen Parkett. Ich kann beim Thema Armeereform daher auf Vorschläge meinerseits verzichten. Unserer Milizarmee gilt es aber Sorge zu tragen. Ich bin stolz darauf, dass die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Studentenvereins am 6. September 2013 deutlich die Nein-Parole gefasst hat zur Initiative „Aufhebung der Wehrpflicht“. Das Schweizer Volk hat denn am 22. September 2013 diese Initiative auch deutlich verworfen.

Kirche

Kommen wir zum dritten Bereich „Der Kirche“. Mit Martin Luthers 95 Thesen sollte im Jahre 1517 die Erneuerung der Kirche angestossen werden. Die ganze Entwicklung führte aber letztlich zu einer, wohl

primär nicht gewollten Spaltung in verschiedene Konfessionen. Die Themen sind seit Luthers Zeiten bis heute teilweise die gleichen geblieben, wie etwa der Zölibat oder das päpstliche Lehramt.

Vor Ostern 2013 wurde mit Papst Franziskus I. ein neuer Papst gewählt. Schon die Namenswahl „Franziskus“ und der erste Auftritt des neuen Papstes auf der Loggia des Petersdomes setzten Zeichen und weckten Hoffnungen auf Reformen. Franziskus hat einen achtköpfigen Kardinalsrat eingesetzt, der dem Papst in seinen Reformbemühungen in beratender Funktion zur Verfügung steht. Zwei dieser Kardinäle (Reinhard Kardinal Marx, München; Oscar Kardinal Rodriguez Maradiaga, Tegucigalpa/Honduras) sind übrigens Mitglieder des Deutschen Cartellverbandes.

Die Hörer von Radio SRF haben am vergangenen 13. Dezember einen Brief mit fünf Fragen an den Papst geschickt. Auch wenn ich zuerst den Kopf darüber geschüttelt habe, ist es doch auffällig, dass man Papst Franziskus einen Brief schickt, den man Papst Benedikt nicht geschickt hat, weil man damals gar nicht auf diese Idee kam. Die fünf Fragen sprechen, wie könnte es anders sein, Reformen an und können wie folgt zusammengefasst werden: Aufhebung des Zölibats, Kondom-Verbot im Wissen um das Elend von Aidskranken, Gleichstellung von Mann und Frau in der Kirche, Einheit von Reformierten und Katholiken sowie die Frage nach unveröffentlichten Dokumenten in der Vatikanischen Bibliothek. Ich bin zuversichtlich, dass der Pontifex Maximus diesen Brief beantworten wird, wenn vielleicht auch nicht durch schlüssige Antworten darüber, wie und bis wann die Reformen vollzogen sein werden. Einige dieser fünf Fragen stehen ja seit Jahrhunderten im Raum.

Und auch hier die Frage: Was ist zu tun? Einmal pro Jahr, am Zentralfest, „um den Altar des Vaterlands zu stehen, zum Schutz der Kirche und der Freiheit Hort“, genügt nicht. Gefragt ist unser Engagement und das Mitwirken in der Kirche Gottes. Und die nächste Generation ist noch viel weiter entfernt von Kirche und Glaube, als wir das heute sind. Die primäre Gefahr für das Christentum ist nicht der Islam und dessen Minarette, sondern unsere eigene Untätigkeit und unsere Lauheit.

Papst Franziskus lädt im Oktober 2014 Bischöfe aus aller Welt zu einer Synode nach Rom ein. Ich schliesse daraus, dass Rom bemüht ist, Probleme aufzuarbeiten. Der Papst möchte mit einer weltweiten Umfrage wissen, wie die Katholikinnen und Katholiken über Themen rund um Partnerschafts-, Ehe- und Familienpastoral denken. Die Schweizer Bischöfe haben sich entschieden, nicht einfach ihre eigene Meinung einzubringen, sondern haben ihre Schäfchen in der ganzen Schweiz eingeladen, sich zu diesen Themen zu äussern. Die Frist zur Teilnahme endet am 31. Dezember 2013. Sie haben gerade noch Zeit, sich an der Umfrage zu beteiligen, www.pastoralumfrage.ch.

Ich kann den Ergebnissen der Umfrage nicht vorgreifen, aber feststellen, dass das Thema „Schwangerschaftsverhütung“ nicht nur im Brief von Radio SRF vorkommt, sondern auch in der Umfrage der Bischöfe. Da besteht offenbar übereinstimmender Handlungsbedarf. Und nach meiner Einschätzung dürfte sich bei dieser Frage am schnellsten eine Änderung der kirchlichen Haltung ergeben. Ich erwarte jedoch nicht, dass sich beim Zölibat und der Priesterweihe von Frauen während eines Pontifikates viel machen lässt. Zu viel darf auch von Papst Franziskus nicht erwartet werden. Und die Einheit der Christen ist zwar wünschbar, aber da hilft, wenn überhaupt, nur beten. Es dürfte jedoch für verschiedene brisante Themen innerhalb der Kirche ein gangbarer Weg sein, wenn für verschiedene Regionen der Weltkirche verschiedene Lösungsmöglichkeiten geboten würden.

StV

Damit kommen wir zum vierten und letzten Bereich: dem Schweizerischen Studentenverein. 2016 wird der StV sein 175-Jahr-Jubiläum in Schwyz feiern, wo er 1841 als katholisch-konservativer Verein gegründet wurde. Schon am 6. November 1843 entstand in Luzern mit der Semper Fidelis eine der ersten Sektionen. Von 1846 – 48 engagierten sich mehrere damalige Mitglieder des Zentralkomitees für die Sache des Sonderbunds. Nachher drehte sich vieles um Farben und Formen. Auch um inhaltliche Diskussionen, wie und wo sich der StV engagieren soll: In der Bildungspolitik oder in der Entwicklungshilfe usw. 1873 wurde das Katholizitätsprinzip bestätigt und während mehr als 100 Jahren auch beibehalten. Der Beschluss, Nichtkatholiken aufzunehmen, erfolgte erst 1977 an der GV Sursee. Nur neun Jahre zuvor, also 1968 an der GV Freiburg, entschied sich der Verein Frauen aufzunehmen. Wer über die Grenzen hinausblickt, auf den deutschen und österreichischen Cartellverband, dem fällt auf, dass diese Verbände noch weit davon entfernt sind, Frauen und Nicht-Katholiken aufzunehmen. Reformdiskussionen haben es dort deutlich schwerer. Und die Totalrevision unserer Statuten am Zentralfest 2012 in Brig, stösst bei den Cartellbrüdern auf Bewunderung bis Skepsis.

Euch, liebe StVerinnen und StVer, ist bekannt, dass an der GV Brig der Zusammenschluss der Aktiven und der AHAH zu einem einzigen Verein beschlossen wurde und dass das 10-köpfige Zentralkomitee von einem Aktiven geleitet wird. Zur Umsetzung der Strukturreform gehört, dass fünf Ressorts und vier Regionen gebildet wurden, die von je einem oder einer jährlich wechselnden Aktiven und einem die Kontinuität währenden Altherrenvertreter betreut werden. Neben der dringend nötigen Nachwuchsförderung ist es das Ziel des Zentralkomitees, vermehrt den Weg in die politische Öffentlichkeit zu suchen. Dem noch folgenden Grusswort von CP Kilian Ebert v/o Fanat möchte ich nicht vorgreifen. Ich kann jedoch seine in der Civitas gemachte Aussage bestätigen, dass die Zusammenarbeit

im Zentralkomitee funktioniert, unabhängig von der Jahreszahl in der Geburtsurkunde. Aber die Arbeit im Zentralkomitee ist für die Altherrenvertreter zeitlich aufwändiger als früher. Und auch für die Altherrenverbände gibt es mehr zu tun, indem sie neu verpflichtet sind, an den sachentscheidenden Delegiertenversammlungen teilzunehmen.

Es gibt auch Kritik in dem Sinne, dass nicht klar erkennbar sei, welches die neuen inhaltlichen Positionen des StV seien. Zuerst hätte der Inhalt definiert werden müssen, dann die Form des neuen Vereins. Diese Farbenbrüder und –Schwestern möchte ich insbesondere auf die Grundsatzpapiere des StV hinweisen, die vor erst vier Jahren in St-Maurice genehmigt wurden. Die darin enthaltenen Grundsätze zu „Freundschaft, Glaube, Bildung, Wissenschaft, Gesellschaft und Staat“ verdienen es, in Erinnerung gerufen zu werden. Das gegenwärtige CC sieht insofern keinen dringlichen Bedarf nach einer inhaltlichen Diskussion, sondern setzt vielmehr auf einen pragmatischen Weg, indem zu aktuellen bildungspolitischen und allgemein politisch relevanten Themen Stellung bezogen wird. So beispielsweise die Stellungnahme des CC zum Gegenvorschlag des Bundesrates zur Stipendien-Initiative des VSS oder die schon erwähnte Nein-Parole der DV zur Abschaffung der Milizarmee.

Schluss

Bei vielen Artikeln in Gesetzen, Verordnungen und Statuten gibt es kein „richtig oder falsch“. Wichtiger ist oft die Frage, dass etwas präzise geregelt ist. Und bei allen Reformen ist noch wichtiger, was die Menschen damit anzufangen wissen: Die klügste Verfassung, das beste Armeemodell, die frömmste Kirche und der bestens durchorganisierte Verein sind auf Menschen angewiesen, die ihre Aufgabe ernst nehmen. Und wenn es Verzerrungen und Missstände gibt in der Politik, in der Armee, der Kirche und im StV, dann sind diese meistens eher im menschlichen Bereich zu orten, als in fehlender Regelung.

Es wird zu allen Zeiten und in allen Institutionen verschiedene Strömungen geben: Es gibt plakativ ausgedrückt, die konservativ alles Bewahrenden und es gibt die fortschrittlich alles Reformierenden. Es braucht aber den bewahrenden und den reformierenden Geist.

Wenn sich die Gesellschaft verändert hat, wenn Missstände oder offensichtliches Ungenügen festgestellt werden, dann sind Reformen unumgänglich, ohne dass Grundwerte über Bord geworfen werden müssen. Denn das Rad der Zeit lässt sich bekanntlich nicht zurückdrehen. Auch nicht Ihre und meine Uhr. In diesem Sinne ist meine Zeit als Festredner um. Und auch das Jahr 2013 ist bald um. Das neue Jahr wird gewiss wieder Reformen bringen. Einige zeichnen sich ab, andere werden uns überraschen. Und auch im neuen Jahr, ist wie bei allen Reformen wichtig, was wir damit anzufangen wissen. Es ist eben nicht der Buchstabe, sondern der Mensch, der etwas positiv oder negativ beeinflussen kann. Nutzen Sie die Chance.

28.12 2013

Bruno Gähwiler v/o Nachwuchs